



Verkauf der Reitschule: Breiter Konsens zum «Nein, aber...»

Gestern haben sich die meisten grossen Stadtberner Parteien offiziell gegen den Verkauf der Reitschule ausgesprochen. Gefehlt hat neben der SVP nur die FDP.

Christian Brönnimann

Dass 5 der 7 Fraktionen des Berner Stadtrats gemeinsam zu einer Medienkonferenz einladen, kommt nicht alle Tage vor. Der Affiche entsprechend gross und heterogen war die Runde, die gestern ihre Argumente gegen die SVP-Initiative zum Verkauf der Reitschule kundtat. Acht Vertreterinnen und Vertreter von SP, JA, GB, GFL, GLP, CVP, BDP und EVP sprachen sich im Namen ihrer Parteien für die Reitschule aus. Sie leistete einen grossen Beitrag an das städtische Kulturleben, lautete der allgemeine Tenor.

So viel zum gemeinsamen Nenner. Daneben traten auch Unterschiede zu Tage. Eigentlich sei ihre Partei kein «Fan» der Reitschule, sagte zum Beispiel EVP-Stadträtin Barbara Streit. Das bedeute aber noch lange nicht, dass man die Institution einfach räumen und verkaufen sollte. Die kulturellen Freiräume jenseits von Konsum und Kommerz seien wichtig für Bern. Michael Daphinoff, Präsident der Stadtberner CVP, betonte den Wert der Freiwilligenarbeit, die in der Reitschule geleistet werde. Schätzungen zufolge sind es 50 000 Stunden jährlich. Wenn man etwas aus «freiem Willen» tue, heisse dies aber auch, die Verantwortung dafür zu übernehmen, sagte Daphinoff. Hier hapere es. Die basisdemokratischen Strukturen der Reitschule gehörten abgeschafft. Darauf müsse die Stadt bei den Verhandlungen über die zukünftigen Leistungsverträge pochen.

In die gleiche Kerbe schlug GLP-Stadtrat Claude Grosjean: «Wir erwarten, dass die Reitschule ein verlässlicherer Partner wird.» Die aktuelle Initiative bezeichnete er nach den vier Reitschul-Abstimmungen der letzten 20 Jahren als «fantasielossten Versuch», die Reitschule abzuschaffen. «Es geht eher um die Profilierung einzelner Personen als um die Sa-

che.» Martin Schneider (BDP) schliesslich sagte, es wäre fahrlässig, wenn die Stadt die Reitschule verkaufen würde. Im zentralen Perimeter Schützenmatte würde sie sich so die Handlungsmöglichkeiten massiv einschränken. «Theoretisch wäre es auch möglich, dass der Islamische Zentralrat das Gebäude kauft und eine Moschee errichten würde», so Schneider. Die Reitschule sei eine gute Möglichkeit für Jugendliche, sich zu entfalten.

Viel Leistung für wenig Geld

Je weiter links im politischen Spektrum, desto klarer war für die Referenten die Angelegenheit: Die Reitschule dürfe nicht als Sündenbock missbraucht werden für die Probleme der Stadt Bern, sagte Peter Künzler (GFL). «Beide Seiten müssen ihre Pflichten wahrnehmen.» Die Stadt Bern erhalte für wenig Geld - 250 000 Franken Mieterlass und 140 000 Franken direkte Subventionen - einen grossen kulturellen Gegenwert, sagte SP-Stadtrat Ruedi Keller. Rahel Ruch (JA) lobte die Reitschule als «einmaliges Begegnungszentrum, in welchem sich alle engagieren können». Und Hasim Sancar (GB) warb schlicht mit dem Slogan des Reitschul-Komitees (siehe «Bund» vom 23. 6.): «Die Reitschule bietet mehr.»

Eigene Aktionen im Abstimmungskampf planen die Parteien nicht. «Das überlassen wir dem Reitschul-Komitee», sagte Ruedi Keller. Trotz Anfrage nicht mit an Bord war gestern die FDP. «Wir fassen die Parole erst am 6. September und wollten der Parteiversammlung nicht vorgehen», sagte Fraktionspräsident Philippe Müller auf Anfrage. Er erwarte, dass die Parteimitglieder Stimmfreigabe beschliessen werden. Wegen der Sicherheitsbedenken sei die FDP gespalten. Dass sich mit Alexander Feuz, Präsident der FDP-Sektion Kirchenfeld, bereits ein Parteiponente im Initiativkomitee von Erich Hess engagiere (siehe «Bund» vom 13. 8.), sei «nicht so gut», aber in einer liberalen Partei zulässig. Er selber werde ein Nein in die Urne legen, so Müller.

Die Volksabstimmung über den Verkauf der Reitschule an den Meistbietenden findet am 26. September statt.